

17. Juni 2026

Lebensmittelpreise in Oberösterreich sind nicht mehr hinnehmbar – Hattmannsdorfer muss endlich liefern

Wenn eine Familie aus Wels, trotz hoher Spritpreise, nach Passau fahren muss, um sich den Monateinkauf leisten zu können, ist das kein individuelles Sparverhalten mehr – es ist ein politisches Alarmsignal. Martin Winkler nimmt Wirtschaftsminister Hattmannsdorfer in die Pflicht: Der Österreich-Aufschlag muss endlich bekämpft werden.

SPÖ-OÖ-Landesparteivorsitzender Martin Winkler fordert angesichts der massiven Preisunterschiede bei Lebensmitteln zwischen Österreich und Deutschland konkrete Maßnahmen von Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer. Gerade in Oberösterreich, wo viele Familien die Preisunterschiede im Alltag unmittelbar spüren, dürfe die Bundesregierung nicht länger zusehen.

„Wenn Familien aus Wels, trotz der hohen Spritpreise, einmal im Monat nach Passau fahren, um Lebensmittel und Grundnahrungsmittel einzukaufen, dann ist das ein Armutszeugnis für die österreichische Preispolitik. Es kann nicht sein, dass sich Menschen den Wocheneinkauf in Österreich kaum noch leisten können, während dieselben oder vergleichbare Produkte wenige Kilometer über der Grenze deutlich günstiger sind“, sagt Winkler.

Aktuelle Preisvergleiche zeigen, dass es sich dabei nicht um Einzelfälle oder gefühlte Teuerung handelt. Laut Arbeiterkammer sind idente Marken-Lebensmittel in Österreich im Schnitt um rund 26 Prozent teurer als in Deutschland. 56 von 69 verglichenen Produkten kosteten in Österreich mehr. Besonders problematisch ist, dass auch Grundnahrungsmittel und Produkte des täglichen Bedarfs betroffen sind: Linsen waren um 51 Prozent teurer in Österreich, Reis um 43 Prozent und passierte Tomaten ebenfalls um 43 Prozent. Das trifft genau jene Lebensmittel, die viele Familien regelmäßig brauchen, um leistungsfähig zu kochen.

„Das ist der konkrete Alltag der Menschen, der Einkaufskorb wird immer teurer, während Löhne und Familienbudgets nicht im selben Ausmaß mitkommen. Besonders betroffen sind Familien mit Kindern, Pensionistinnen und Pensionisten, Alleinerziehende und Menschen mit kleinen Einkommen. Für sie ist jeder Euro beim Lebensmitteleinkauf entscheidend“, betont Winkler.

Besonders unverständlich sei, dass selbst Produkte, die in Österreich produziert werden, in Deutschland teilweise günstiger verkauft werden als im eigenen Land. „Wie erklärt man den Menschen, dass ein Fruchtsaft aus österreichischer Produktion in Deutschland um einen Euro billiger im Regal

steht als in Österreich – obwohl es 1:1 derselbe Saft ist? Das versteht niemand mehr. Hier braucht es Transparenz, Kontrolle und politischen Druck“, so Winkler.

Winkler nimmt dabei ausdrücklich Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer in die Pflicht. Dieser habe den Kampf gegen den sogenannten Österreich-Aufschlag selbst angekündigt. Jetzt brauche es aber mehr als Ankündigungen und Appelle Richtung Brüssel.

„Hattmannsdorfer darf sich nicht hinter der EU verstecken. Natürlich müssen territoriale Lieferbeschränkungen auf europäischer Ebene bekämpft werden. Aber die Menschen in Oberösterreich brauchen jetzt Entlastung – nicht irgendwann. Wer Wirtschaftsminister ist, muss auch den Mut haben, sich mit Handel, Markenartikelkonzernen und Preistreibern anzulegen“, fordert Winkler.

Aus Sicht Winklers braucht es daher rasch ein Maßnahmenpaket gegen überhöhte Lebensmittelpreise: mehr Preistransparenz entlang der gesamten Wertschöpfungskette, eine scharfe Beobachtung von Preisaufschlägen, konsequentes Vorgehen gegen ungerechtfertigte Österreich-Aufschläge, eine Stärkung der Bundeswettbewerbsbehörde sowie spürbaren Druck auf jene Unternehmen, die in Österreich höhere Preise verlangen als in Deutschland.

„Es reicht nicht, wenn Minister Hattmannsdorfer feststellt, dass es ein Problem gibt. Er muss es lösen. Wenn die Wettbewerbsbehörde davon ausgeht, dass der Österreich-Aufschlag allein für rund acht Prozent der Preise verantwortlich ist, dann liegt hier ein gewaltiges Entlastungspotenzial für die Menschen“, sagt Winkler.

Oberösterreich dürfe nicht länger als Hochpreisland im Hochpreisland behandelt werden. „Wer in Wels, Linz, Steyr oder Braunau einkauft, darf nicht das Gefühl haben, systematisch abkassiert zu werden. Es braucht faire Lebensmittelpreise, leistbare Grundnahrungsmittel und endlich eine Politik, die auf der Seite der Menschen steht“, so Winkler.

Abschließend hält Winkler fest: „Wenn Familien extra nach Passau fahren müssen, um sich den Lebensmitteleinkauf leisten zu können, dann läuft in Österreich etwas grundlegend falsch. Es braucht wieder eine Politik, die bei den Menschen ankommt, die den Alltag spürbar leichter macht und die Familien, Pensionistinnen und Pensionisten sowie Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen tatsächlich entlastet. Lebensmittel sind kein Luxus. Sie müssen für alle leistbar sein – auch in Oberösterreich.“

Rückfragen: Mario Hauser, 0664 4486 1755, mario.hauser@spoe.at